

«Sie verteufeln den Staat und vergöttern die Nation»



Im Dienste der Res publica: Gret Haller war Politikerin, Diplomatin und Menschenrechtsbeauftragte.

ADRIAN MOSER

Die langjährige Spitzenpolitikerin und Diplomatin Gret Haller sieht die Schweiz am Scheideweg zwischen Hochhalten des Sonderfalls und europäischer Integration. Aufgrund ihrer Erfahrung entlarvt sie die EU-Gegnerschaft als «im Kern religiöses Phänomen».

INTERVIEW: ALEXANDER SURY

«KLEINER BUND»: Frau Haller, vor einem Jahr wurde Bundespräsident Schmid am 1. August auf dem Rütli von Rechtsextremen niedergeschrien. Hat Sie das auch gestört?

GRET HALLER: Als Staatsbürgerin hat mir das wehgetan. Eine Wiederholung solcher Vorfälle sollte verhindert werden. Ein Vertreter dieses Staates muss ungestört sprechen können. Ich rede übrigens bewusst vom Staat und nicht von der Nation. Die Würde des Staates ist mir wichtig. Diese Würde kann aber auch von Behördemitgliedern selber verletzt werden, wenn sie sich zum Beispiel selber abfällig über die «classe politique» äussern.

Wieso ist Ihnen die Unterscheidung von Staat und Nation so wichtig?

Im Nationalstaat fallen Staat und Nation zusammen. Heute können wir aber in der Schweiz beobachten, wie gewisse Leute die Verteufelung des Staates betreiben, indem sie die Nation vergöttern. Die

«Es steht für mich ausser Zweifel, dass die Schweiz eines Tages der Europäischen Union beitreten wird.»

fundamentale Staatsgegnerschaft bestimmter Kreise in der Schweiz und die systematische Kritik am Staat gehen in der Regel einher mit einer ganz bestimmten Verherrlichung der Nation. Das ist für die Schweiz in meiner Wahrnehmung ein neues Phänomen.

Sie zielen auf den nationalkonservativen, europafeindlichen Zürcher Flügel der SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns). Sind diese Politiker allesamt religiös motiviert?

In meinem letzten Buch, «Politik der Götter», habe ich unter anderem den kulturellen Fundamentalismus in den USA beschrieben. Es war für mich tatsächlich erstaunlich, analoge Erscheinungen in der Schweiz zu finden, vor allem was Staat und Nation anbelangt. Die missionarische Staatsgegnerschaft, die mit absoluten und undiskutierbaren Wahrheiten operiert, kann man besser verstehen, wenn man in Betracht zieht, dass bei diesen Leuten auch die Religion eine Rolle spielt. Das sieht man nicht zuletzt daran, dass sie moralisieren und alle Nicht-

Gläubigen ausgrenzen oder zu «Landesverrätern» stempeln.

Die fröhliche Schweiz-Euphorie während der Fussball-WM zeigte doch eindrücklich: Wir alle sind Patrioten.

Das fand ich positiv. Das Schweizer Kreuz ist ja während der Expo.02 genial umgepolt worden. Es kann seither nicht mehr usurpiert werden von den EU-Gegnern. Seit dieser Zeit hat für mich das Schweizer Kreuz ein kleines EU-Ecklein, und das Kreuz gehört wieder allen.

Das sehen die kompromisslosen EU-Gegner anders, die den Europa-Bericht des Bundesrats – weiter auf dem bilateralen Weg, EU-Beitritt in weiter Ferne eine Möglichkeit – scharf kritisiert haben. Ist dieser Bericht nicht in einem mutlosen Ton abgefasst?

Der EU-Bericht ist so ausgefallen, wie es zu erwarten war. Mir scheint, fast jeder kann ihn so lesen, dass er einigermassen zufrieden ist. Mir ist wichtig, dass dieser Bericht zumindest nichts verhindert: Er verhindert keinen EU-Beitritt der Schweiz, er redet ihn auch nicht herbei. Er ist eine nüchterne Bestandesaufnahme. In der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundesrats konnte man auch gar nichts anderes erwarten.

Die mehrsprachige Schweiz ist eine EU im Kleinen. Es bleibt daher ein Rätsel, warum gerade dieses Land so EU-skeptisch ist. Haben Sie eine Erklärung?

Dies ist zum Teil ein Problem der gegenwärtigen parteipolitischen Landschaft in der Schweiz. Es steht für mich ausser Zweifel, dass die Schweiz eines Tages der Europäischen Union beitreten wird. Prognosen über den Zeithorizont mache ich keine. Ich glaube, die Umstände, die dann zu einem Beitritt der Schweiz führen werden, hängen weniger vom schweizerischen als vom europäischen politischen Spektrum ab. Eines ist klar: In der Schweiz wissen ganz viele Leute, die sich mit Aussenpolitik und Wirtschaft beschäftigen, dass ein EU-Beitritt für unser Land unausweichlich ist.

Sind diese Leute zu opportunistisch, um dies öffentlich zu sagen?

Einige verhalten sich wohl auch aus Klugheit so, weil sie der Sache nicht schaden wollen.

Die Linke ist also in der EU-Frage ehrlich und konsequent, während viele Bürgerliche

wider besseres Wissen lautstark den Alleingang propagieren?

Die Linke hat irgendwann einmal die Konsequenzen gezogen und befasst sich nun mit diesem Thema, denn die EU-Diskussion muss geführt werden. In den so genannten Mitte-Parteien gibt es zweifellos auch viele Politikerinnen und Politiker, die sich im Klaren sind über die notwendige Entwicklung. Aber angesichts einer letztlich religiös motivierten EU-Gegnerschaft in der Schweiz entsteht eine Situation, die missionarisch aufgeladen ist.

Die Mitte-Parteien FDP und CVP haben in dieser polarisierten Situation doch schlicht Existenzängste.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht von Polarisierung reden. Dieser Begriff trifft vielleicht auf der wahlpolitischen, aber nicht auf der sachpolitischen Ebene zu. Es gibt von der einen Seite eine missionarisch-religiöse Aufladung, während auf der anderen Seite ein illusionsloser Realismus herrscht und die Bereitschaft, den Gegenbenheiten ins Auge zu schauen. Wenn man dies als Polarisierung bezeichnet, ist dies schon eine falsche Umschreibung.

Warum?

Weil sie dazu führt, dass die so genannten Mitte-Parteien in eine schwierige Situation geraten und wie das Mäuschen vor der Schlange nicht rational zu agieren imstande sind. Diese Schlange ist aber nicht Europa, sondern die letztlich religiöse Motivierung der Gegnerschaft und deren Anklänge an fundamentalistisches Denken.

Wir fassen zusammen: Für Sie ist die Linke in Sachen EU pragmatisch-realistisch, die Rechte religiös verblendet, und die bürgerliche Mitte sitzt wie gelähmt zwischen EU-Stuhl und Helvetia-Bank?

Ich verteile hier keine Noten. Ich reise beruflich viel in Europa und weiss einfach auch, wie die europäische Realität aussieht. Eine unvoreingenommene Analyse kommt zum Schluss, dass die unterschiedlichen Haltungen innerhalb der Schweiz Folge eines Gefälles sind zwischen Rationalität und religiös-missionarischer Aufladung des EU-Themas. Und vor diesem Hintergrund könnten die Mitte-Parteien – oder sagen wir die klügeren Leute in ihnen, denn kluge Leute gibt es glücklicherweise noch in den meisten Parteien – doch eigentlich sagen: Wir wollen das EU-Thema auf dem Boden der Rationalität angehen. Dann würde sich in der Schweiz vielleicht etwas bewegen.

Die Mitte-Parteien sollen also über ihren parteipolitischen Schatten springen zum Wohle der Schweiz?

Vielleicht gibt es in diesen Parteien ja auch unterschiedliche Ansätze und Chancen, aber das kann ich nicht beurteilen. In dieser Hinsicht hatte ich einmal ein prägendes Erlebnis, als ich mich noch vorwiegend mit der AHV befasste. Gesetzesrevisionen in diesem Bereich waren seit Jahrzehnten nach einem identischen Muster parteipolitischer

Konstellationen abgelaufen – und dies letztlich immer zulasten aller Frauen, also der Frauen in allen parteipolitischen Lagern. Nachdem wir dies erkannt hatten, fädelten wir die parteipolitische Konstellation im Hinblick auf die nächste Revision bewusst ganz anders ein und erreichten so die Gleichstellung der Frauen in der AHV. Aber solche Erfahrungen lassen sich natürlich nicht im Massstab eins zu eins auf andere Gebiete übertragen.

Können das Politikerinnen besser: Brücken bauen, Sachliches von Persönlichem trennen, unkonventionelle Allianzen schmieden?

Wenn es sehr wenige Politikerinnen gibt – und es gibt in der Schweiz immer noch zu wenig –, dann sind sie unter Umständen so exotisch, dass sie manchmal

«In den Bereichen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht kann sich die Frage der Neutralität gar nicht stellen.»

Überraschendes durchsetzen können. Man darf aber von Frauen nicht verlangen, dass sie immer besser, kompetenter und kommunikativer sind als Männer – obwohl sie es meistens sind.

Würde sich weltpolitisch Wesentliches ändern, wenn ab 2009 eine amerikanische Präsidentin, eine französische Staatspräsidentin und eine deutsche Bundeskanzlerin regierten?

Ich weiss es nicht. Ich schliesse aber auch nicht aus, dass es eine andere Dynamik geben könnte. Aber man darf natürlich von Frauen allein wegen ihres Geschlechts nicht die Lösung aller Weltprobleme erwarten.

Zurück zur Schweiz: Wie würden Sie den Zustand des Landes einem interessierten ausländischen Zaungast beschreiben?

Zurzeit gibt es einen Erklärungsbedarf vor allem in der europäischen Dimension. Diejenigen politischen Kreise, welche die Frage des EU-Beitritts religiös aufladen möchten und sich dazu auch durch fundamentalistisches Denken inspirieren lassen, versuchen, einen Kulturkampf herbeizuführen.

Was bezwecken diese Kreise damit?

Ihr Ziel ist es, eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema zu verhindern. Übrigens hat diese Konstellation einige Parallelen mit Bemühungen gewisser fundamentalistischer Kreise in den USA: Wenn soziale Fragen, Umweltthemen oder die Frage von Krieg und Frieden nicht mehr thematisiert werden können, weil die Machtverteilung – und damit die Entscheidung über Krieg und Frieden – nur noch nach moralischen Kategorien wie etwa der Haltung zum Schwangerschaftsabbruch erfolgt, dann geht die Politik im religiös motivierten Kulturkampf unter. Vor einem solchen Hintergrund kann die EU-Gegnerschaft

in der Schweiz leicht als das entlarvt werden, was sie im Kern ist: ein letztlich religiöses Phänomen.

Sie sagen, religiöse Werthaltungen und Überzeugungen würden zunehmend alle politischen Felder durchdringen . . .

. . . und so echte Diskussionen verhindern, ja. Wenn keine sachliche Auseinandersetzung mehr stattfindet, gibt es letztlich auch keine Demokratie mehr, weil Fundamentalismus von seinem Wesen her antidemokratisch ist. Demokratie aber bedeutet Rede und Widerrede. Während meiner Zeit im eidgenössischen Parlament war dies hin und wieder möglich, sonst wäre es uns bei gewissen Sachgeschäften nicht gelungen, ganz andere, teils überraschende Koalitionen zu schmieden. Ich glaube aber, dass dies auch heute noch möglich ist.

Sind Sie froh, dass die Phase aktiver Politik hinter Ihnen liegt?

Das will ich damit nicht sagen. Ich finde es bemerkenswert, dass es nach wie vor qualifizierte Persönlichkeiten gibt, die diese notwendige Arbeit machen. Aber ich glaube, dass es heute für jemand mit meiner Persönlichkeitsstruktur schwieriger wäre, den Weg ins Parlament zu schaffen und dort zu arbeiten, als zu der Zeit, als ich in solchen Ämtern aktiv war.

Sie sähen sich mit begabten Demagogen konfrontiert, die das politische Klima mit Wortschöpfungen wie «Scheinasylanten» und «Scheininvaliden» aufheizen.

Für solche Geschicklichkeiten in der Sprachentwicklung habe ich überhaupt keine Bewunderung übrig. Für mich ist das gefährlich und unverantwortlich. Und es wäre falsch, wenn man auf diese Provokationen auch mit Demagogie reagieren würde.

Wie soll man denn reagieren?

Ich finde es wunderbar, dass sich in der Gegnerschaft zum neuen Asylgesetz breite, überparteiliche Kreise zusammenfinden und sich für die Menschenwürde einsetzen. Das ist eine ermutigende Gegenreaktion. Ich hoffe, diese Reaktion wird sich auch in einem deutlichen Nein gegen das neue Asylgesetz manifestieren.

Einige Passagen über die Schweiz in Ihrem letzten Buch, «Politik der Götter», erwecken den Eindruck, ein schleichender Staatsstreich sei im Gange. Die religiöse Rechte wolle die Res publica aus den Angeln heben mit dem Ziel, die Schweiz in eine staatsminimalistische Gesellschaft nach US-Vorbild zu verwandeln, in welcher der Zusammenhalt letztlich religiös-moralisch garantiert werde. Steht unser Land am Abgrund?

Das ist eine unzulässige Zuspitzung meiner Analyse. So meine ich das nicht! Was das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat anbelangt, haben wir zwar immer gewisse Affinitäten mit US-amerikanischen Vorstellungen gehabt. Ich beschreibe aber auf der anderen Seite die Schweiz als ein Land, das sehr stark geprägt ist von der Trennung zwischen Religion und Politik. In dieser Hinsicht sind

wir wahrscheinlich einer der europäischsten Staaten überhaupt.

Gleichzeitig stellen Sie aber auch eine starke «amerikanische» Strömung in der Schweizer Politik fest.

Stark ist sie nicht, aber in gewissen Ansätzen vorhanden. Die feindliche Haltung in der Schweiz gegenüber der europäischen Integration hat, wenn sie religiös-missionarisch aufgeladen ist, durchaus etwas Amerikanisches. Die europäische Integration beruht auf der Idee der geteilten Souveränität zwischen den Staaten. Den genuinen Horror der USA vor dieser Idee der geteilten Souveränität kann nur verstehen, wer die jahrhundertealte Tradition mitberücksichtigt, in welcher diese Nation religiös motivierte Auserwähltheitsvorstellungen gepflegt hat. Die ursprünglich nur religiöse Motivierung zeigt sich heute eher in den moralischen Kategorien «gut/böse» und «Freund/Feind». Aber diese Prägungen sind so tief, dass der europäische Integrationsprozess für viele Amerikaner wohl letztlich nie verständlich sein wird.

Sie waren 1994 bis 1996 Schweizer Botschafterin beim Europarat in Strassburg und amtierten nachher als Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina. Hat der Ruf der Schweiz international gelitten?

Ich erlebte zunächst einmal eine grosse Hochachtung vor der Schweiz, in Strassburg sowieso, aber auch in Sarajevo. Die Schweiz stand hoch im Kurs, aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit und aufgrund von staatspolitischen Errungenschaften. Während der fünf Jahre als Ombudsfrau für Menschenrechte spürte ich dann allerdings eine deutliche Veränderung. Das Image der Schweiz wurde rapide schlechter bei anderen europäischen Ländern. Das Abseitsstehen unseres Landes wurde nicht verstanden, denn in diesen Jahren hat sich Europa formiert. Man hat einfach realisiert, dass die Schweiz da nicht mitmacht, während die EU-Mitglieder immer geschlossener auftraten.

Und wie beurteilen Sie die Möglichkeiten der Schweiz heute im wieder eskalierten Nahostkonflikt? Sollte sie sich wegen der Neutralität nicht sehr zurückhalten?

Neutralität bezieht sich immer auf Interessenpolitik. Die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht stehen jedoch über allen Interessen, in diesen Bereichen kann sich die Frage der Neutralität gar nicht stellen. Wenn die Schweiz

«Auf EU-Ebene entsteht eine Form der Res publica, welche die nationale Identität überwölbt, ohne sie aufzuheben.»

die Einhaltung des humanitären Völkerrechts verlangt und Verletzungen der Genfer Konventionen kritisiert, so verletzt dies den Grundsatz der Neutralität überhaupt nicht. Deshalb würde auch eine diplomatisch aktivere Rolle

der Schweiz im Libanon-Konflikt die Neutralität überhaupt nicht verletzen. Wichtig ist aber, dass alle Übergriffe gleichermassen kritisiert werden, egal von wem sie ausgehen. Es ist sehr gefährlich, wenn die internationalen Akteure eingeteilt werden in Freunde und Feinde einer Nation. Das hat automatisch zur Folge, dass den Freunden viel mehr nachgesehen wird als den Feinden. Und dies höhlt die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht von vornherein aus.

Und wie bewerten Sie die Rolle der EU? Sie hat zur Beilegung dieses Konflikts bis jetzt nicht gerade viel beigetragen.

Die Aussenpolitik der EU ist jene der Mitgliedstaaten, und nur ganz langsam entwickeln sich gemeinsame Strategien. Gerade was die Einteilung in Freund und Feind anbelangt, sind die meisten EU-Mitgliedstaaten aber viel zurückhaltender als beispielsweise die USA. Dies ist auch logisch, und zwar vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der EU. Deren Mitgliedstaaten haben sich darüber geeinigt, dass gewisse unantastbare Prinzipien über ihren Interessengegensätzen stehen müssen. Das geht in der EU weit über die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht hinaus, angefangen beim Verbot von Kriegen bis hin zu vielfältigen Pflichten zur gegenseitigen Rücksichtnahme.

Muss auf die Globalisierung der Wirtschaft im 21. Jahrhundert nicht endlich die Globalisierung der Menschenrechte folgen?

Dies hat bereits stattgefunden, im Jahr 1948 mit der Menschenrechtsdeklaration der Uno, gefolgt von den beiden Uno-Menschenrechtspakten 1966. Europa ging 1950 voraus mit der Menschenrechtskonvention. Die Frage ist heute, welche Staaten dies schneller vorantreiben oder vielleicht gar rückgängig machen wollen. Ich erhoffe mir, dass die EU nach einer momentanen Phase der Verlangsamung gerade auf diesem Gebiet mehr Schubkraft entwickelt.

In den Stadien sah man während der Fussball-WM keine EU-Fähnchen. Die Nation bleibt das Identifikationsgefäss der Menschen. Die EU dagegen wird mehr als bürokratische Umverteilungsmaschine wahrgenommen. Wie soll sich dies ändern?

Auf EU-Ebene entsteht eine neue Form der Res publica, welche die nationale Identität überwölbt, ohne sie aufzuheben. Das dauert seine Zeit. Im Moment wird zu wenig deutlich, dass die EU eine Friedensgarantie ist. Zum Glück, muss man sagen, denn man würde es merken, wenn Frankreich und Deutschland gegeneinander Krieg führen würden. Wir haben in Europa noch nicht die überzeugenden Formen gefunden, wie man den Menschen die europäische Geschichte und die daraus resultierende Verantwortung bewusst machen kann.

Und was könnte die Schweiz in diesem Prozess zu Europa beitragen?

Europa könnte die Schweizer Erfahrungen vielleicht brauchen. Stellen Sie sich einmal das heute noch Undenkbare vor, dass Europa eine eigentliche Regierung erhält. Das könnte ja vernünftigerweise nicht eine rein christdemokratische Regierung sein. Aber auch nicht eine rein sozialdemokratische oder eine rein liberale. Es würde gar nicht anders gehen als mit einer Beteiligung mehrerer Parteien.

Unser Konkordanzmodell als Vorbild?

Wir könnten auf diesem Gebiet zumindest einige interessante Erfahrungen beisteuern. Das heisst allerdings auf der anderen Seite nicht, dass die Schweiz nun forsch Richtung Europa schreiten und verkünden soll: «So wie bei uns zu Hause muss das in Brüssel organisiert werden.» Europäische Integration beruht seit jeher auf Erfahrungsaustausch.

Ein Treffen von religiös motivierten Fundamentalisten? Delegiertenversammlung der Auns in Bern, 2005.

YOSHIKO KUSANO/KEYSTONE



Gret Haller

Die promovierte Juristin, Jahrgang 1947, war Mitglied des Berner Gemeinderats (1984-1988), des Nationalrats und 1994 dessen Präsidentin. Anschliessend war sie von 1994 bis 1996 Schweizer Botschafterin beim Europarat in Strassburg und von 1996 bis 2000 Menschenrechtsbeauftragte der OSZE in Sarajevo.

Seit 2001 arbeitet Gret Haller als Publizistin. Ihr 2002 erschienenes Buch «Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion» erscheint demnächst in englischer Übersetzung. Der 2005 veröffentlichte Ergänzungsband «Politik der Götter. Europa und der neue Fundamentalismus» (Aufbau-Verlag) wird zurzeit auf Französisch übersetzt. (klb)